



Taugt gemeinnützige Arbeit statt **Gefängnis** als Lösung?

Wegen Platznot in Haftanstalten Wer Bussen nicht bezahlt, muss die Strafe in überfüllten Gefängnissen absitzen. **Berner** Parteien von SP bis SVP wollen das ändern.

Simon Wälti

Es ist ein grosses und ungelöstes Problem: In der Schweiz waren 2023 mehr als die Hälfte aller Einweisungen in ein **Gefängnis** sogenannte Ersatzfreiheitsstrafen. Insgesamt ging es um rund 5000 Fälle. Es handelt sich um Bussen und Geldstrafen, die nicht bezahlt und darum umgewandelt werden. Das führt zu Platznot in den Schweizer Gefängnissen, zu administrativem Aufwand und zu hohen Kosten.

Im **Kanton Bern** ist die Lage besonders prekär, weil Softwareprobleme beim Busseninkasso den Stau beim Vollzug noch verschlimmert haben. Nun haben Parteien von links bis rechts im **Grossen Rat** eine Motion eingereicht, um das Problem anzugehen. Darin verlangen sie, dass sich der **Regierungsrat** mit einer Standesinitiative beim Bund für eine Änderung des Strafgesetzbuches einsetzt.

SP-**Grossrätin** Oriana Pardini sagt dazu gemäss einer Medienmitteilung ihrer Partei, es gehe «um mehr Gerechtigkeit, mehr Menschlichkeit, sinnvolle Kosteneinsparungen und weniger bürokratischen Unsinn».

«Law and Order»-Parteien an Bord

Wer eine Geldstrafe oder eine Busse nicht bezahlen kann, soll auch nach Anordnung einer Ersatzfreiheitsstrafe noch die Möglichkeit haben, diese durch gemeinnützige Arbeit abzuleis-

ten. Bisher ist dies im Gesetz nicht vorgesehen. Der Gedanke dahinter: Eine Person soll sich aktiv um gemeinnützige Arbeit bemühen und nicht einfach zuwarten.

Unterstützt wird der Vorstoss nicht nur von SP, Juso, Mitte, GLP und Grünen, sondern auch aus den Reihen der FDP und der SVP. Es gebe keinen plausiblen Grund, warum diese Lösung nicht möglich sein solle, sagt SVP-**Grossrätin** Andrea Gschwend-Pieren: «Ich bin für die Einhaltung von Recht und Ordnung. Gemeinnützige Arbeit ist eine Alternative zur Ersatzfreiheitsstrafe und stellt einen Dienst an der Gemeinschaft dar.»

Als Beispiel werden oft notorische Schwarzfahrerinnen und Schwarzfahrer genannt. «Ich will das keinesfalls bagatellisieren, aber Schwarzfahren ist als Delikt nicht mit einer Vergewaltigung oder einem Mord vergleichbar», sagt Gschwend-Pieren. Nicht selten haben sich die säumigen Zahlerinnen und Zahler indes auch noch anderes zuschulden kommen lassen, etwa Betäubungsmitteldelikte oder Diebstähle.



«Es geht um mehr Gerechtigkeit, mehr Menschlichkeit und weniger bürokratischen Unsinn.»

Oriana Pardini
SP-**Grossrätin**

Ein Problem ortet Andrea Gschwend-Pieren bei der Umsetzung. Sie denkt etwa an einfache Arbeiten wie Strassenreinigung oder Waldaufräumen. «Ich bin mir aber bewusst, dass es sich zum Teil um Personen handelt, die vielleicht nicht sehr zuverlässig sind.»

Tatsächlich besteht ein Mangel an Einsatzmöglichkeiten. So sagte Strafrechtsexperte Benjamin Brägger im Interview mit dieser Redaktion auf die Frage, warum gemeinnützige Arbeit selten ausgesprochen werde: «Es fehlen die Institutionen, in denen sie die Arbeit verrichten könnten.»

Ebenfalls unterstützt wird die Motion von der FDP-**Grossrätin** Claudine Esseiva. «Die Verhältnisse in den überfüllten Gefängnissen sind nicht zumutbar.» Das Prinzip, dass ein Delikt Konsequenzen haben müsse, werde aufrechterhalten. «Man soll aber prüfen, ob eine Gefängnisstrafe die richtige Lösung darstellt.» Für Esseiva käme als gemeinnüt-

zige Arbeit auch der Einsatz bei Sportvereinen infrage: «Bei Spielen und anderen Anlässen gibt es immer wieder kleinere Aufgaben, für die es schwierig ist, Freiwillige zu finden.» Man müsse aber austesten, ob dies in der Praxis funktioniere.

Könnte der Vorstoss «versanden»?

Regierungsrat Philippe Müller (FDP) sagt auf Anfrage, die Idee sei prüfenswert. «Für die bestehende Situation nützt der Vorstoss aber nichts, da eine Umsetzung Jahre in Anspruch nimmt.» Zudem sagt **Sicherheitsdirektor Müller**, dass die Standesinitiative – wie die meisten anderen auch – im eidgenössischen Parlament «versanden» könnte. Gemeinnützige Arbeit klinge gut, er ver spreche sich aber nicht sehr viel

davon. «Es handelt sich um Personen, die sich kaum an Abmachungen halten und auch nicht arbeitswillig sind.»

Der **Regierungsrat** wollte der Platznot in den Gefängnissen mit Containern begegnen, doch der Grosse Rat des **Kantons Bern** lehnte im September 2024 den notwendigen Kredit für das Provisorium hauchdünn mit Stichentscheid der Präsidentin Dominique Bühler (Grüne) ab. Zum Stichentscheid kam es, weil drei SVP-**Grossräte** von der Parteilinie abwichen.

Der **Kanton Bern** behilft sich darum mit provisorischen Massnahmen: Im **Regionalgefängnis Burgdorf** wurden etwa Arbeitsräume in Zellen für mehrere Personen umfunktioniert. Zum Regionalgefängnis in **Bern** sagte Müller im SRF-«Regio-

naljournal»: «Wir haben Notbetten und Notmatratzen parat, aber zum Teil werden die Leute für kurze Zeit in Wartebäumen im Untergeschoss einquartiert werden.»

SP und Grüne haben zudem eine Motion eingereicht, durch welche die Möglichkeiten für gemeinnützige Arbeit verbessert werden sollen. Diese enthält den Vorschlag, eine niederschwellige Informations- und Sensibilisierungskampagne für «Arbeit statt Busse» in die Wege zu leiten.

In einem weiteren Vorstoss verlangen SP, Grüne und EVP eine einmalige Amnestie für Ersatzfreiheitsstrafen, die bald verjähren. Gestrichen werden sollen alle solchen Strafen von maximal 30 Tagen, die zum Zeitpunkt der Amnestie höchstens ein Jahr vor der Verjährung stehen.



Viele Gefängnisse im **Kanton Bern** sind überbelegt. Problematisch ist die Situation etwa auch im **Regionalgefängnis Thun**, was eine Zunahme der Konfliktsituationen nach sich zieht. Foto: Beat Mathys



Buzz Gesamt: 3 Reach gesamt: 312.000 Verbreitung gesamt: 106.229 AÄW gesamt: 29.400 CHF

[Berner Zeitung GES](#) | [Bieler Tagblatt](#) | [Der Bund](#)